

Staatskanzlei
Die Regierungssprecherin

Heinrich-Mann-Allee 107 14473 Potsdam

Ines Filohn

Telefon: 0331 866-1251

0331 866-1356 0331 866-1359

E-Mail: presseamt@stk.brandenburg.de Internet: https://www.brandenburg.de

(iii) @staatskanzleibb

Potsdam, 03.11.2025

Pressemitteilung

Woidke besucht ZF Getriebe Brandenburg GmbH

Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke hat heute die ZF Getriebe Brandenburg GmbH in Brandenburg an der Havel besucht. In Gesprächen mit der Geschäftsführung und dem Betriebsrat informierte er sich über die aktuelle Lage im Unternehmen. Für das auf die Produktion von Fahrzeuggetrieben spezialisierte Werk in Brandenburg haben Geschäftsleitung und Betriebsrat einen Zukunftstarifvertrag vereinbart, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden.

<u>Woidke</u> unterstrich nach dem Besuch: "ZF ist mit seinen rund 1.300 Beschäftigten der **größte Arbeitgeber** der Stadt Brandenburg an der Havel und ein herausragender Industriestandort im Land Brandenburg. Ich bin überzeugt von der **Kompetenz** der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ihre Fähigkeiten werden auch in Zukunft gebraucht. Daher bin ich froh, dass Geschäftsführung und Betriebsrat sich auf einen **Tarifvertrag** für den schwierigen **Umbruch** verständigt haben. Bis 2028 wird es keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Das bedeutet Sicherheit für einen Großteil der Beschäftigten. Beide Seiten haben so Zeit gewonnen, um die nötige **Transformation** zu gestalten."

Nach den Worten von <u>Woidke</u> steht das ZF-Werk in Brandenburg exemplarisch für den **tiefgreifenden Wandel in der Automobilindustrie**: "Der Übergang von klassischen Getrieben für Verbrennungsmotoren hin zu elektrifizierten Antriebssystemen stellt das Unternehmen vor große Herausforderungen. Gleichzeitig bieten sich Chancen, neue Technologien und Produktionsprozesse zu erschließen. Die Landesregierung unterstützt ZF und seine Beschäftigten bei diesem Wandel. Das Land wird alle zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um die Transformation aktiv zu begleiten. Gleichzeitig drängen wir beim Bund und bei der EU darauf, dass die richtigen **Rahmenbedingungen** für den **Übergang** vom Verbrenner zu alternativen Antrieben gesetzt werden. Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze unserer Autoindustrie sichern. Die Automobilindustrie ist wichtig zur Sicherung unseres Wohlstandes."